

95.088

Asylgesetz und Anag. Änderung

Loi sur l'asile et LSEE. Modification

Differenzen – Divergences

Siehe Seite 1088 hier vor – Voir page 1088 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 17. Juni 1998

Décision du Conseil des Etats du 17 juin 1998

Antrag der Einigungskonferenz vom 25. Juni 1998

Proposition de la Conférence de conciliation du 25 juin 1998

A. Asylgesetz

A. Loi sur l'asile

Art. 31 Abs. 2 Bst. a1

Antrag der Einigungskonferenz

a1. den Behörden nicht innerhalb von 48 Stunden nach Einreichung des Gesuches Reisepapiere oder andere Dokumente abgeben, die es erlauben, sie zu identifizieren. Diese Bestimmung findet keine Anwendung, wenn Asylsuchende glaubhaft machen können, dass sie dazu aus entschuldbaren Gründen nicht in der Lage sind, oder wenn Hinweise auf eine Verfolgung vorliegen, die sich nicht als offensichtlich hältlos erweisen.

Art. 31 al. 2 let. a1

Proposition de la Conférence de conciliation

a1. n'a pas remis, dans un délai de 48 heures après le dépôt de la demande d'asile aux autorités ses documents de voyage ou des papiers permettant de l'identifier. Cette disposition ne s'applique pas lorsque le requérant rend vraisemblable qu'il n'est pas en mesure de le faire pour des motifs excusables ou s'il existe des indices de persécution qui ne sont pas manifestement sans fondement.

Art. 106 Abs. 2 Bst. d, e, 2bis

Antrag der Einigungskonferenz

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 106 al. 2 let. d, e, 2bis

Proposition de la Conférence de conciliation

Adhérer à la décision du Conseil national

B. Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer

B. Loi fédérale sur le séjour et l'établissement des étrangers

Art. 25c; Ziff. II Abs. 2

Antrag der Einigungskonferenz

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 25c; ch. II al. 2

Proposition de la Conférence de conciliation

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

David Eugen (C, SG), Berichterstatter: Die Einigungskonferenz hat heute morgen getagt. Sie hat sich in den drei verbliebenen Differenzen geeinigt und unterbreitet Ihnen folgende Anträge:

1. Bei Artikel 31 empfiehlt Ihnen die Einigungskonferenz, die Fassung zu übernehmen, die wir bereits im dringlichen Bundesbeschluss betreffend die Behandlung von Gesuchen von papierlosen Gesuchstellern beschlossen haben. Dieser Antrag wird Ihnen von der Einigungskonferenz einstimmig unterbreitet. Inhaltlich muss ich das, so glaube ich, nicht mehr diskutieren. Dieser Antrag entspricht dem Antrag Leuba; der

Ständerat hat die Lösung übernommen. Sie wird Ihnen jetzt einstimmig als definitive Lösung für das Asylgesetz unterbreitet.

2. Bei Artikel 106 empfiehlt Ihnen die Einigungskonferenz Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates. Dieser sieht vor, dass nur in den Fällen gemäss den Buchstaben a, b und c von Artikel 106 Absatz 2 Einzelrichter amten sollen, dass hingegen in den Fällen gemäss den Buchstaben d und e wie üblich die normale Kammer entscheidet.

Dieser Entscheid wird folgendermassen begründet: Die Einigungskonferenz ist der Ansicht, dass in diesen Fällen, wo es um endgültige, wichtige Entscheide geht, eben nicht der Einzelrichterentscheid Platz greifen soll. Die Einigungskonferenz unterbreitet Ihnen diesen Antrag mit 13 zu 9 Stimmen, Minderheitsanträge liegen keine vor.

3. Bei Artikel 25c empfiehlt Ihnen die Einigungskonferenz, der Fassung zuzustimmen, wie sie der Ständerat im letzten Stadium beschlossen hat. Es geht um den Datenschutz im Rückübernahmeverfahren betreffend jene Personen, die von der Schweiz in die Herkunftsänder zurückgeschoben werden; es geht darum, welche Daten unsere Behörden diesen ausländischen Staaten mitteilen können und dürfen. Hier hatten wir eine Differenz bezüglich der Angaben über Aufenthaltsorte und Reisewege sowie der Angaben über Anwesenheitsbewilligungen und Visa. Der Nationalrat war der Meinung, wir müssten uns auf die Mitteilung von Daten über die Identität der betroffenen Personen beschränken, hingegen sollten weitergehende Daten wie die eben genannten diesen Staaten nicht mitgeteilt werden.

Der Ständerat hat sich teilweise in unsere Richtung bewegt, indem er zwar die Mitteilung dieser Daten nach wie vor will, aber doch in einer sehr eingeschränkten Fassung, beschränkt auf die Fälle, bei denen es notwendig ist, um die Abkommen durchzuführen. Das steht jetzt in Absatz 3 des Entwurfes, nämlich – das ist sehr wichtig –: Zum Zweck der Durchbeförderung Angehöriger von Drittstaaten können dem anderen Vertragsstaat neben den Identitätsdaten auch Angaben über Aufenthaltsorte und Reisewege gemacht werden. Hier geht es also nur um einen ganz bestimmten Fall, nämlich die Durchbeförderung Angehöriger von Drittstaaten. Das ist eine wesentliche Einschränkung gegenüber der früheren, generellen Lösung. Im übrigen wurde uns in der Kommission versichert, dass in der Praxis des Abkommens mit Jugoslawien und desjenigen mit Mazedonien, die beide – insbesondere das Abkommen mit Jugoslawien – eine etwas weitere Fassung haben, nach dieser Regel, wie sie jetzt in Artikel 25c formuliert ist, vorgegangen wird. Außerdem hat uns die Verwaltung mitgeteilt, dass diese Lösung, wie sie jetzt vorgesehen wird, sich bezüglich des Datenschutzes europarechtlich in dem Rahmen bewegt, in dem auch die übrigen europäischen Staaten handeln.

Auf Seite 6 der Fahne finden Sie die Übergangsbestimmung zu diesem Artikel 25c. Dieser Artikel gilt für die Rückübernahmeverträge, die nach Beschluss dieses Gesetzes abgeschlossen werden. Aber ich habe bereits betont, dass diese Regelung in der praktischen Durchführung auch bei den bestehenden Übernahmeverträgen so eingehalten werden kann.

Aus dieser Sicht heraus hat sich die Einigungskonferenz mit 14 zu 3 Stimmen – bei zahlreichen Enthaltungen – entschieden, diesem Beschluss des Ständerates zu folgen.

Namens der Einigungskonferenz bitte ich Sie, diesen Anträgen bei allen drei Differenzen jetzt zuzustimmen.

Ducrot Rose-Marie (C, FR), rapporteur: L'article 31 de la loi sur l'asile (LAsi) qui vous est proposé correspond en tout point à l'article 16 alinéa 1er lettre abis de l'arrêté fédéral urgent. Il s'agit là de transférer dans la loi sur l'asile les dispositions acceptées déjà par l'arrêté urgent. Vous l'avez remarqué, le Conseil des Etats a fait sienne la formulation de notre Conseil. Il n'est plus question de papiers d'identité au sens strict du terme, mais de «papiers permettant (d')identifier» le requérant. Cette proposition avait été faite par M. Leuba. Il y a donc unité de vue entre nos deux Chambres et la décision a été prise à l'unanimité.

A l'article 106 LAsi, la Conférence de conciliation, par 13 voix contre 9, a retenu la version de notre Conseil qui prévoit que seront traités par un juge unique les classements de recours devenus sans objet et la non-entrée en matière sur des recours manifestement irrecevables. Pour tous les autres cas, la Conférence de conciliation a décidé qu'ils seront traités par une cour de trois juges.

A l'article 25c de la loi sur le séjour et l'établissement des étrangers, la Conférence de conciliation, par 14 voix contre 3 et avec de nombreuses abstentions, vous invite à suivre la version modifiée du Conseil des Etats. Il s'agit donc de la transmission des données personnelles à des Etats tiers. Là, la Conférence de conciliation a vraiment limité la transmission de ces données personnelles à ce qui était important, urgent. Il semble donc que cela peut correspondre à ce qui est pratiqué dans le droit international.

Au chiffre II alinéa 2 des dispositions transitoires, nous avons adopté la version du Conseil des Etats.

Je vous invite à vous rallier à ces propositions qui me semblent tout à fait justifiées.

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

95.079

Schweizerisches Zivilgesetzbuch. Änderung Code civil suisse. Révision

Differenzen – Divergences

Siehe Seite 1316 hiervor – Voir page 1316 ci-devant

Antrag der Einigungskonferenz vom 23. Juni 1998

Proposition de la Conférence de conciliation du 23 juin 1998

Beschluss des Ständerates vom 24. Juni 1998

Décision du Conseil des Etats du 24 juin 1998

Schweizerisches Zivilgesetzbuch Code civil suisse

Art. 150 Abs. 2

Antrag der Einigungskonferenz

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 150 al. 2

Proposition de la Conférence de conciliation

Adhérer à la décision du Conseil national

Nabholz Lili (R, ZH), Berichterstatterin: Die Einigungskonferenz hat bei Artikel 150, der einzigen Differenz zwischen den beiden Räten, einstimmig den Beschluss gefasst, dass sich der Ständerat dem Nationalrat anschliesst. Der entsprechende Beschluss ist im Ständerat bereits gefasst worden.

Jutzet Erwin (S, FR), rapporteur: La Conférence de conciliation s'est réunie avant-hier. L'objet de sa séance était la divergence à l'article 150 alinéa 2. Tout en soulignant que l'abus de droit reste réservé, la Conférence de conciliation a adopté, à l'unanimité, la version du Conseil national. Le Conseil des Etats a adopté la proposition de la Conférence de conciliation, nous constatons donc qu'il n'y a plus aucune divergence.

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

96.091

Bundesverfassung.

Reform

Constitution fédérale. Réforme

Differenzen – Divergences

Siehe Seite 995 hiervor – Voir page 995 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 18. Juni 1998

Décision du Conseil des Etats du 18 juin 1998

A2. Bundesbeschluss über eine nachgeführte Bundesverfassung (Art. 127–184)

A2. Arrêté fédéral relatif à une mise à jour de la Constitution fédérale (art. 127–184)

Art. 127

Antrag der Kommission

Titel

Politische Rechte

Abs. 1

Die politischen Rechte in Bundessachen stehen allen Schweizerinnen und Schweizern zu, die das 18. Altersjahr entmündigt sind. Alle haben die gleichen politischen Rechte und Pflichten.

Abs. 2

Sie können an den Nationalratswahlen und an den Abstimmungen des Bundes teilnehmen sowie Volksinitiativen und Referenden in Bundesangelegenheiten ergreifen und unterzeichnen.

Art. 127

Proposition de la commission

Titre

Droits politiques

Al. 1

Tous les Suisses ont les droits politiques en matière fédérale. Tous ont les mêmes droits et devoirs politiques.

Al. 2

Ils peuvent prendre part aux élections au Conseil national et aux votations fédérales. Ils peuvent lancer et signer

Angenommen – Adopté

Art. 127a Titel

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 127a titre

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 136

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 144 Abs. 4

Antrag der Kommission

Festhalten

Art. 144 al. 4

Proposition de la commission

Maintenir



Asylgesetz und Anag. Änderung

Loi sur l'asile et LSEE. Modification

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1998
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	14
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	95.088
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	25.06.1998 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1432-1433
Page	
Pagina	
Ref. No	20 044 160